

Calmer Calwblatt

Nr. 66.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

96. Jahrgang.

Ercheinungswortel: 6 mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile 60 Hfr. Restbetrag 2. — Auf Sammelanzeigen kommt ein Aufschlag von 10% — Fernspr. 4.

Montag, 21. März 1921.

Bezugspreis: In der Stadt mit Postlohn M. 12.00 vierteljährlich. Postbezugspreis 2. f. 12.00 mit Postlohn. — Schluß der Anzeigenannahme 3 Uhr vormittags.

Zur Abstimmung in Oberschlesien.

Gemeinheiten der polnischen Behörden.

Berlin, 20. März. In den südöstlichen Bezirken des ober-schlesischen Abstimmungsgebietes haben sich in den letzten Tagen Zustände gebildet, die zu den ernstesten Befürchtungen Anlaß geben. In den Kreisen Pleß, Rybnik, Kattowich-Land, Beuthen-Land und Tarnowitz hat die deutsche Bevölkerung auf dem flachen Lande unerträglich unter dem polnischen Terror zu leiden. Die deutsche Regierung, die stets um die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in Oberschlesien besorgt gewesen ist, hat sofort nach Einsetzen des polnischen Terrors den Berliner Vertretern der alliierten Mächte, der interalliierten Kommission in Opatow und den alliierten Regierungen in London, Rom und Paris zu wiederholten Malen ihre schärfste Verwahrung gegen die unerhörten Zustände in Oberschlesien ausgesprochen und tatkräftige Maßnahmen zum Schutze der Bevölkerung verlangt. Sie ist sich auch der besonderen Verantwortung bewußt, die ihr durch die Rolle der auswärtigen Stimmberechtigten nach Oberschlesien auferlegt wurde. Die deutsche Regierung hat der interalliierten Kommission in Opatow und den alliierten Regierungen genaue Unterlagen über alle polnischen Gewalttaten und Uebergriffe vorgelegt. Sie hat insbesondere immer wieder mit Nachdruck verlangt, daß die alliierten Truppen nicht nur in den Städten, in denen völlige Ruhe herrscht, verammelt bleiben, sondern zum Schutze der schwerbedrohten deutschen Bevölkerung auf das flache Land verlegt werden. Sie muß verlangen, daß ihren nachdrücklichen Forderungen Folge gegeben wird und daß noch in den letzten Stunden alle Maßnahmen ergriffen werden, die erforderlich sind, um eine freie, geheime, unbeeinflusste Abstimmung zu gewährleisten.

Abstimmungsbild.

Opatow, 20. März, nachm. 1 Uhr. Die Abstimmung in Opatow vollzieht sich unter großer Beteiligung. Sie verlief bisher reibungslos. Nirgends haben sich Zwischenfälle ereignet.

Rundgebung in Kassel.

Kassel, 21. März. Gestern mittag fand auf dem Friedrichsplatz eine machtvolle Rundgebung für Oberschlesien statt, an der viele Tausende teilnahmen. Oberbürgermeister Scheidemann hielt eine Ansprache, in der zunächst die schlimmsten Bedingungen des Friedensvertrags zitierte und im Anschluß daran betonte, daß der Friedensvertrag mindestens in einem Auszug in jedes deutsche Haus kommen müsse. Kein Haus dürfe ohne diesen Hexenhammer sein, der den Einheitswillen des ganzen Volkes zusammenhämmere. Wir wollen kein Volk von Sklaven sein. Der Redner gedachte dann des heutigen Schicksalstages für Oberschlesien und schloß seine mit Beifallskundgebungen unterbrochenen Ausführungen: Wie es auch kommen mag, wir wollen nicht den Mut verlieren, sondern im Gegenteil Kopf und Herz hochhalten. Schweres haben wir ertragen und Schwereres steht uns vielleicht noch bevor. Am Wiederaufbau mitzuhelfen, ist Pflicht eines jeden. Möge sich jeder dieser Pflicht bewußt sein und danach handeln. Nicht alle sind eines Sinnes über die beste Methode. Arbeite deshalb jeder nach seiner christlichen Ueberzeugung, achte aber auch jeder die Ueberzeugung des an-

Der Irrtum des Radikalismus.

Jeder Radikalismus der Weltgeschichte — sei es der hellenistische eines Hippon von Rhegium oder der französische eines Rousseau, Saint-Simon und des kindlich naiven, sittlich antadeligen Gracchus Babeuf oder der moderne eines Lenin und Sinowjew — baut sein Gebäude auf einem utopischen, im luftigen Reiche von „Wolkentudusheim“ gelegenen Idealbild vom Staate auf.

Die Begeisterung für Menschenrechte, Bodenverteilung und Gütergemeinschaft ist jedem Radikalismus gemeinsam. In die Praxis umgesetzt wird dieses luftige Ideengebäude von Freiheit und Gleichheit stets zur Unfreiheit und Terror. Ob die Spartakisten von Argos im Jahre 370 vor Christi alle Befehlenden mit Knütteln auf den Straßen totschlugen, ob die Septembermörder 1792 in Paris ihre blutigen Organe feierten oder die „Tscheta“ der russischen Sowjets in Kiew und Petersburg Greuel auf Greuel häufte, es ist stets dasselbe Lieb. Statt der Menschlichkeit, die sie predigen, bringen die kommunistischen Weltbeglückler die Tierheit. Denn alle hemmungslosen tierischen Instinkte, die in ruhigen Zeiten auf dem tiefsten Grund der menschlichen Seele schlummern, sind entfestelt. Das Verbrechen,

dem. Dann wird es wieder besser. Und deshalb auf zur Arbeit für ein freies deutsches Volk!

Wahlbeteiligung.

Breslau, 21. März. Die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier. Hauptgeschäftsführung Breslau, haben, da der Telefonverkehr nach Oberschlesien gestoppt ist, einen Kurierdienst eingerichtet, der durch die Vertrauensmänner sämtlicher Ortsgruppen in Oberschlesien sofort Meldungen über die Abstimmungsergebnisse übermittelt. Dies war bekannt geworden und es hatte sich trotz später Nachtstunden eine große Menschenmenge vor dem Hause der Geschäftsführung der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier eingefunden, wo durch einen Projektionsapparat die Ergebnisse bekanntgegeben wurden.

Die Hauptgeschäftsstelle der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier teilt mit: Die Wahlbeteiligung ist nach allen einlaufenden Berichten überaus groß. Die besten Wahlbeteiligungsziffern aller Reichs- und Landtagswahlen sind weitens überschritten. Soweit wir die Lage übersehen können, ist durchweg 100 Prozent Wahlbeteiligung. Beste Zuversicht herrscht auf deutscher Seite. Polnischer Terror trat bisher nicht in Erscheinung. In Myslowitz und an der polnischen Grenze im Kreise Kattowich ist alles ruhig verlaufen. Aus Lublitz wird gemeldet, daß dort polnische Soldaten vergebens veruchten, Wahllokale zu stürmen.

Bisherige Abstimmungsergebnisse.

Berlin, 21. März. Die ersten aus dem Kreise Kreuzburg eingelaufenen Teilergebnisse bestätigen den rein deutschen Charakter dieses Kreises. Die Abstimmung ist dort in voller Ruhe vor sich gegangen. Zwischenfälle haben sich, soweit bisher bekannt geworden ist, nirgends ereignet. In Bawalno, im Stadtkreise Opatow, wurde eine größere Anzahl polnisch gesinnter Leute vermutet. Die Stimmzählung hat ergeben, daß für Polen nur eine Stimme abgegeben wurde.

Zahlenmäßige Ergebnisse liegen bisher folgende vor: Ober-Slogau 5093 für Deutschland und 226 für Polen, Ober-Slogau-Schloß Brück, Sitz des Grafen Oppersdorf, 100 Stimmen für Deutschland und 11 für Polen, Krappitz 97 Proz. für Deutschland und 3 Proz. für Polen, Kasselwitz 2500 Stimmen für Deutschland und 15 für Polen.

Ergebnisse von 5 Gemeinden.

Opatow, 21. März. Aus dem Kreise Opatow liegen die Ergebnisse von fünf Gemeinden vor. Für Deutschland stimmten 657 und für Polen 83 Stimmberichtigte. In fünf Gemeinden im Kreise Opatow-Land wurden 691 Stimmen für Deutschland und 264 für Polen abgegeben. Im Kreise Rosenberg stimmten in vier Gemeinden 491 Stimmberichtigte für Deutschland und 193 für Polen.

Opatow, 21. März. Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen aus dem Kreise Kreuzburg sind abgegeben für Deutschland 33 980 und für Polen 1556 Stimmen.

Breslau, 20. März, nachmittags. In den nördlichen und nordwestlichen Kreisen des Abstimmungsgebietes ist nach den bisher vorliegenden Meldungen die Volksabstimmung ruhig verlaufen. In Opatow herrscht freudigste Begeisterung. Aus den südlichen Kreisen und dem Industriegebiet liegen zuverlässige Nachrichten nicht vor.

Schlag und Mord wird in der Verlehrung aller sittlicher Begriffe zur politischen Tugend. Die Gleichheit kommt, aber nur im Grabe.

Vor dieser letzten Konsequenz des Radikalismus, der Anarchie, hat unser deutsches Volk sein gesunder, maßvoller Sinn und nicht zum letzten seine gediegene, auf die Kenntnis und die wachsame Kritik der Geschichte aufgebaute Schulbildung bewahrt. Den Kampf gegen den Bolschewismus hat der deutsche Schullehrer gewonnen.

Aber an einem anderen Grundirrtum des Radikalismus leiden wir aufs schwerste. Alle Manifeste, Programme und Gesellschaftsverträge des Radikalismus haben den Zweck, dem Teil der Bevölkerung, der nicht durch beweglichen und unbeweglichen Besitz oder durch einen besonders stark entwickelten Pflichtgedanken des Dienens für die Allgemeinheit dem Staate verbunden ist und deshalb „konservativ“ denkt, nämlich der großen Masse der Lohnarbeiter, eine bessere materielle Existenz zu erkämpfen. Diese Tendenz des Ausgleichs der sozialen Gegensätze ist durchaus zu billigen, und jede ihrer Verantwortung bewußte Regierung wird mit allen Kräften bestrebt sein, den wirtschaftlich Schwachen vor Ausbeutung und Missetaten zu schützen. Aber der Radikalismus vertritt die Interessen der

Arbeiterchaft mit durchaus verkehrten Mitteln. Und dabei tritt wieder der Grundfehler des Radikalismus, die ideologische Utopie und die Mißachtung der Lehren der Geschichte, in die Erscheinung. Es wäre zu empfehlen, daß sich mancher radikale Wortführer die „Politik“ des Aristoteles, dieses ewig klaffische Kompendium der Staatsweisheit, unter sein Kopfkissen lege.

Sie träumen von einer „Weltrevolution“ — auf dem Papier — glauben — ein Hofn auf die Völkerpsychologie! — an den Internationalismus der Arbeiterchaft und erwarten von seiner Selbsthilfe das goldene Zeitalter. Dabei vergessen sie ganz, daß die Völker, durch Naturgesetze gezwungen, in wirtschaftlichem Kampf stehen, und daß dieser Kampf ewig sein wird wie Sommer und Winter, Frost und Hitze, Tag und Nacht. Will der Radikalismus die materielle Lage der Arbeiter bessern, so muß er vor allem die wirtschaftliche Kraft des Staates zu stärken suchen. Will der Radikalismus wirklich den Arbeitern helfen — manchmal könnte man allerdings daran zweifeln — so muß er national denken und handeln. Und es ist vielleicht die erste Erscheinung der jüngsten Vergangenheit, daß diese Anschauung in der Arbeiterbewegung immer mehr an Boden gewinnt.

Zur auswärtigen Lage.

Graf Sforza über die Londoner Verhandlungen.

Rom, 20. März. Nach einer Stefani-Meldung erklärte der Minister des Aeußern, Graf Sforza, in der Kammer auf Anfragen über die Londoner Konferenz und die auswärtige Politik: Die Deutschen schlugen eine Formel vor, die das erreichte, was im Augenblick schwierig schien, nämlich die Einmütigkeit in ihrer Ablehnung. Die Sachverständigen konnten leicht darlegen, daß die deutsche Berechnung irrig war, denn das Angebot von 30 Milliarden Goldmark, die in 30 Jahren gezahlt werden sollten, bedeutet weniger als das, was Italien in 42 Jahren an die Alliierten an Kriegsanleihen zahlen muß. Graf Sforza erörterte die deutschen Vorschläge und fügte hinzu: Es war natürlich — und darauf hatte sich Dr. Simons sicherlich gefaßt gemacht —, daß die Vorschläge den Alliierten nicht einmal einer Erwägung wert erschienen. Graf Sforza zählte dann die Verpflichtungen auf, von denen Deutschland befreit zu werden wünschte und deren Höhe beinahe der Summe gleichgekommen sei, die es anbot und die weit hinter der früher von den deutschen Vertretern angebotenen zurückblieb. Nachdem Graf Sforza auf die von Dr. Simons vorgebrachten Tatsachen hingewiesen hatte, sagte er weiter: Die Alliierten suchten nach einer Formel, die der Lage Deutschlands Rechnung trägt und die Zahl der Annuitäten verringert. Die alliierten Sachverständigen begaben sich sogar zu den deutschen Sachverständigen, um die Frage zu prüfen. Mehrere Punkte wurden von den Deutschen angenommen und einen Augenblick lang hatte man den Eindruck, daß man zu einer Lösung gelangen könne. Im übrigen verlangte man von den Deutschen keine genauen Zahlen, sondern nur eine Festsetzung der einzelnen Faktoren, um zu einer Lösung des Problems zu gelangen. Der englische Premierminister hat diesen Gedanken in der letzten den Reparationen gewidmeten Sitzung klar zum Ausdruck gebracht. Schatzminister Meba und ich, die wir immer und in allem einer Meinung waren, taten alles, um die Verhandlungen glücken zu lassen. Unsere Sachverständigen waren sehr eifrig tätig, aber unglücklicherweise erschienen die neuen deutschen Vorschläge nicht viel annehmbarer wie die ersten. — Graf Sforza aus, worin diese neuen Vorschläge bestanden und fügte hinzu: Sie wurden unter der Bedingung gemacht, daß Oberschlesien bei Deutschland verbleibe. Diese Bedingung war unannehmbar, denn das Schicksal dieses Gebietes soll durch die Volksabstimmung entschieden werden. Auf Seiten der deutschen Regierung fehlte jeder gute Wille, um zu einem Abkommen zu gelangen. (1) Alle unsere Bemühungen, zu einer für beide Teile zufriedenstellenden Lösung zu gelangen, waren angesichts der Haltung der deutschen Delegation Mittel, die die Neigung zu noch radikaleren Lösungen zu ermutigen schienen. Infolge der sehr verständlichen Gefühle Frankreichs, die schließlich verwüsteten Departements wieder aufzubauen, angesichts der besonderen politischen und wirtschaftlichen Erwägungen in England und schließlich vor allem infolge des schlechten Willens Deutschlands schienen militärische und wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen unvermeidlich. Hinsichtlich der Haltung Italiens sagte der Minister: Die tiefe und vertrauensvolle Achtung, die Rom, London und Paris wechselseitig miteinander verbindet, muß es ausschließen, daß in einer dieser Hauptstädte Groll oder Erbitterung über die abweichende Haltung des einen von uns entsteht. Graf Sforza erklärte, er und Schatzminister Meba hätten weitgehende Vorbehalte hinsichtlich der 50 Prozent vorgebracht, aber es wurde festgestellt, daß die Deutschen selbst diese Anregung in Brüssel ge-

geben hatten und daß Dr. Simons sie in London als gangbarer Weg für die Reparation bezeichnet hatte. Wenn Deutschland, wie wir es alle glauben, ein starker wirtschaftlicher Organismus ist, so liegt es in seinem wahren Interesse, lokal an die Bezahlung seiner Schuld zu gehen und mit dem übrigen Europa ein neues Leben anzufangen. Italien vertraut darauf, daß auf der nächsten Konferenz eine lokale Verständigung möglich sein wird.

Oesterreichische Stimmen über London.

Der Niederösterreichische Gewerbeverein Wien schreibt dem Hansabund zu dem Ergebnis der Londoner Konferenz:

„Die Nachrichten über den Abbruch der Verhandlungen in London haben klar enthüllt, daß die Feindesmächte entschlossen sind, ihr altes Kriegsziel, die Vernichtung der Wohlfahrt und Reichseinheit Deutschlands, das sie im Weltkriege noch immer nicht genügend zu erreichen vermochten, nunmehr im angeblichen Frieden durch nackte Gewalt gegen das wehrlos gewordene deutsche Volk zu verwirklichen und daß sie daher ihre erwerbswirtschaftlichen Forderungen in voller Kenntnis ihrer Unannehmbarkeit für Deutschland nur gestellt haben, um an ihrer unaussprechlichen Ablehnung einen Vorwand für die Wiedereröffnung der Feindseligkeiten und für das bewaffnete Eindringen in Deutschland zu gewinnen.

Auch bei uns in Oesterreich, die wir durch den Machtanspruch des Feindbundes bis jetzt noch verhindert sind, unser Geschick durch staatliche Bande für immer mit dem des großen Muttervolkes zu vereinigen, weckt der schamlose Friedensbruch helle Enttäuschung, aber auch tiefsten Anteil an der in allem Unglück würdigen und geschlossenen Haltung der Nation, und die unbeirrbar Zuversicht, daß der Tag kommen muß, der die Gewalt der Feinde zu schanden machen und auch uns Oesterreichern den Weg zur Heimkehr in das große Vaterland freigeben wird. Wir bitten Sie als die größte der mit uns in händiger Verbindung stehenden Körperschaften des deutschen Wirtschaftslebens, diesen Ausdruck unserer brüderlichen Gefinnung in Deutschlands schwerster Stunde freundschaftlich weiter zu geben.“

Ausicht auf neue Verhandlungen über die Zwangsmaßnahmen.

London, 19. März. Bei der Erörterung des Antrags Clynes mit Bezug auf die Geschicklichkeit der Anwendung der Zwangsmaßnahmen, soweit er die Erklärungen des französischen Ministerpräsidenten verleihe, wolle dieser die Zwangsmaßnahmen nicht nur zum Zwecke der Eintreibung der Reparationen, sondern auch zur Erzwingung anderer Teile des Vertrags von Versailles anwenden. Wenn er den Antrag richtig verleihe, so beschränkte sich Artikel 18, Anhang II auf die Frage der Reparation. Es sei bedauerlich, daß die Alliierten zur Anwendung der Zwangsmaßnahmen gegenüber Deutschland getrieben worden seien. Er forderte die Regierung auf, diese Gelegenheit unverzüglich zu ergreifen, um zu einer wirklichen Regelung dieser Frage zu gelangen. Er sagte, es wäre berechtigt, daß die deutsche Regierung an den Völkerbund wegen der Angelegenheit der Aktion der Alliierten appellierte. Cecil fragte, weshalb die Regierung den Appell nicht weitergehen lassen wollte. Die Deutschen bestritten nicht, ihre Verpflichtungen zu zahlen, sondern nur den Betrag, den sie bezahlen könnten. Dies sei eine reine Tatsachenfrage. Warum sollte sie nicht irgend einem vom Völkerbund einzusehenden Gerichtshof überwiesen werden? Unter Bezugnahme auf die Gefahr, daß der Appell zum Zweck der Verzögerung benutzt werden könnte, erklärte Cecil, er denke, es müsse Bedingung des Appells sein, daß Deutschland auf jeden Fall die Annuitäten, zu denen es sich unter gewissen Bedingungen für 5 Jahre bereit erklärte, entrichten müsse. Hoover erklärte mit Bezug auf die allgemeine Lage, es sei nicht anzunehmen, daß die Verhandlungen beendet seien. Die Regierung sei bereit, und gewillt, die Verhandlungen fortzusetzen, falls jetzt oder zu irgend einem späteren Zeitpunkt Deutschland ein vernünftiges Angebot machen wolle.

Der Kampf im Speffart.

Erzählung von Levin Schücking.

Erstes Kapitel.

Es war am Ende des August im Jahre 1796.

Die Tage begannen kürzer zu werden und die sinkende Sonne warf bereits lange Schatten in eine stille, weltentlegene Schlucht des Waldgebirges, das man den Speffart oder die Speffhardt nennt, den „Wald der Spechte“, in dem bayerischen Kreise Unterfranken und Aschaffenburg.

In dieser Schlucht, durch deren Grund ein schmaler und dürrer Wasserbach in einem tiefen, felsigen und mit Geröll ausgepflasterten Bette niederschloß, standen unfern voneinander zwei Siedlungen — eine Mühle und ein Forst- oder Waidwärtershaus.

Die Mühle lag ein wenig tiefer, zwischen einem Stück Gartenland und einer kleinen Wiese; das Forsthaus lag einen Steinwurf höher — ein altes, in Bruchsteinen aufgeführtes Gebäude, dessen Schieferdach in der Mitte eingesunken war, so daß der hohe sich darüber erhebende Schornstein wie ein steifer Reiter im Sattel aussah. Vor dem Hause lag ein kleiner Garten, in dem einige abgeblühte Stodrosen und honigduftende Pfingstrosen sich über das verfallene und morsche Lattengerüst erhoben, welches das Gärtchen umgab.

Die Eingangstür zu diesem Gärtchen fehlte; die Zeit hatte sie mit fortgenommen; vielleicht auch tat es jemand, der besser als die Zeit sie gebrauchen konnte, dem die alten Latten eben recht erschienen, sein Herdfeuer damit zu nähren. An der Stelle der alten Tür aber, zwischen den beiden schiefgesunkenen Holzpfändern, an welchen sie befestigt gewesen, sah ein anderes zerfallenes und morsches Etwas, eine alte Frau, auf einem niedrigen Schemel, ein abgenutztes Spinnrad neben sich.

Chamberlain zur Reparationsbill.

London, 19. März. Bei der Beratung der deutschen Reparationsbill im Unterhaus erklärte Chamberlain, der Antrag Hodgges, der, wie bereits gemeldet, abgelehnt wurde, bedürfe noch der Erörterung. Bisher sei auf die vom Foreign Office aus erfolgte telegraphische Anfrage bei der den interalliierten Mächten, ob sie gewillt seien, ähnliche Gesetzgebungen in ihren Ländern einzuführen, nur von Seiten Portugals eine Antwort eingegangen, worin es erklärt, daß es die Absicht habe, eine ähnliche Politik zu verfolgen. Chamberlain sagte, es hänge von Deutschland ab, ob die Bill als Strafmaßnahme oder als ein Mittel zum Einsammeln der Reparationen dienen soll. Seiner Ansicht nach sei es durchaus nicht unwahrscheinlich, daß die Bill in der zweiten Hinsicht wirken werde. Er habe von einer gutunterrichteten Seite eine Andeutung erhalten, daß nach Ansicht von Männern, die an den Geschäftsbeziehungen zwischen beiden Teilen sehr interessiert seien, dies nicht unwahrscheinlich sei.

Ausland.

Ein Messer ohne Klinge und Stiel.

Paris, 20. März. Nach einer Meldung der Agence Havas aus Genf hat da Cunha, der Vorsitzende des Völkerbunds, erklärt, es sei ihm natürlich nicht möglich, seine Ansicht über den Kernpunkt der deutschen Note, über die Zwangsmaßnahmen, auszudrücken, aber er wünsche über folgende Punkte Klarheit zu schaffen: Der Völkerbund als Kollektiv-Organisation habe keinerlei Recht, sich mit dieser Frage zu befassen, es müsse denn sein, daß eines seiner Mitglieder dazu die Anregung gebe. Der Völkerbund sei ein Staatenverband, der nur ganz ausnahmsweise über vollziehende Gewalt verfügen könne. Er sei in erster Linie ein Mittel für die verschiedenen Regierungen, gemeinsame Entscheidungen zu treffen.

Wiederaufbaufragen in Frankreich.

Paris, 20. März. Montagu findet auf Veranlassung des Allgemeinen Arbeiterverbandes (C. G. T.) ein außergewerkchaftlicher Kongress statt, an dem nicht nur Vertreter der Gewerkschaften, sondern auch die Vertreter der kommunalen Verwaltungen, der Genossenschaften und sonstiger Vereinigungen teilnehmen, die sich mit dem Wiederaufbau in Frankreich beschäftigen. Der Kongress soll die Aufgabe haben, in großen Zügen ein Wiederaufbauprogramm festzusetzen.

Anlieferung von Bakum.

London, 20. März. Wie in Konstantinopel erfährt, hat die in Tiflis eingesetzte Räteregierung beschlossen, Bakum an Rußland auszuliefern. Es wird berichtet, daß die Bolschewisten der Türkei ein Ultimatum gestellt hätten, in dem die Räumung von Bakum binnen 48 Stunden verlangt wird.

Der Frieden zwischen Rußland und Polen

ist, wie der polnische Ministerpräsident Witos während einer Festvorstellung aus Anlaß der Annahme der Verfassung im Opernhaus bekanntgab, vorgetrieben am 9.30 Uhr hier unterzeichnet worden.

Die schwarze Schmach.

Berlin, 19. März. Der Bericht des Generals Allen, des Oberbefehlshabers der amerikanischen Truppen in Deutschland, über die Ausschreitungen der farbigen französischen Truppen im Rheinland, der jetzt in Europa im Auszug bekannt wird, bestätigt, daß in einer Anzahl von Fällen die französischen Militärgerichte einschreiten mußten. Er betont, daß bei weitem nicht die Gewalttaten farbiger Soldaten bekannt werden und hebt hervor, daß die Senegalesen schlecht diszipliniert sind. Trotz dieser ansehenden Objektivität ist jedoch das Gulauchen des Generals Allen irreführend, da es wesentliche Tatsachen außer Acht läßt oder falsch aufstellt. General Allen gibt an, daß kein Neger mehr im Rheinland verwendet wird. Er übersteht dabei, daß die Proteste der deutschen Bevölkerung sich gegen alle halb-

wilden farbigen Truppen richten. Besonders die Maoklaner stehen den Senegalesen an Rohheit mindestens gleich. Außerdem sind die Schwarzen nur wegen des Winters nach Südfrankreich zurückgezogen gewesen. General Allen ist ferner im Irrtum, wenn er nur von wenigen Fällen (86) spricht. Einwandfrei festgestellt sind ungefähr 46 Fälle von Raubzucht, darunter 13 Fälle mehrfacher Raubzucht, 70 Fälle von Raubzuchtversuchen, 20 Fälle sonstiger sexueller Ausschreitungen gegen Frauen, 7 Fälle widernatürlicher Anzucht. Die Zahl der unbekannteren Fälle dürfte das Mehrfache betragen.

Die Frage der Kriegsschuld

wird nicht mehr verstummen, bis sie der Wahrheit entsprechend beantwortet ist. Die Sichtung und Zusammenstellung der Akten des Auswärtigen Amtes über die Ursachen des Weltkrieges ist nach mehr als einjähriger Arbeit abgeschlossen. Die Drucklegung der ersten Bände, die im wesentlichen den Zeitraum von 1873 bis 1901 umfassen, ist im Gange. Mit dem Erscheinen des gesamten Werkes von voraussichtlich 15 Bänden ist im Laufe des Jahres sicher zu rechnen. Die Herausgabe ist, wie im Falle der deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch, der deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H., Berlin W. 8, Unter den Linden 17/18 übertragen. Die „Hearst“-Presse beginnt soeben mit der Veröffentlichung der bereits angekündigten geheimen Dokumente über die Entstehung des Weltkrieges. Ein Telegramm, das der russische Minister des Auswärtigen Amtes, Sazanow, am 15. Mai 1914 an den russischen Votschafter in London geschickt hat, beweist, daß Rußland in Gemeinschaft mit Großbritannien Pläne für ein Zusammenwirken der beiderseitigen Flotten ausgearbeitet hatte.

Der Entwurf eines Reichsmietengesetzes.

Aus dem umfangreichen Gesetzesentwurf wollen wir unseren Lesern in nachfolgendem das Wichtigste unterbreiten:

Dem Reichswirtschaftsrat und dem Reichsrat ist vor kurzem von der Reichsregierung der Entwurf eines Reichsmietengesetzes vorgelegt worden, der reichsgesetzliche Vorschriften für die Berechnung der Mieten bei der Vermietung von Wohnungen, Geschäfts-, Büro-, Lager- usw. Räumen bringen soll. Eine solche Regelung hat sich aus den verschiedensten Gründen als dringend notwendig erwiesen. Die Einigungsämter, die nach den bestehenden Vorschriften einen erheblichen Einfluß auf die Höhen der Mieten ausüben können, haben grundsätzlich lediglich nach billigem Ermessen zu entscheiden. Infolge des Fehlens gesetzlicher Vorschriften für die Berechnung der Mieten in den meisten Teilen Deutschlands weist die Steigerung der Mieten eine außerordentliche Verschiedenheit auf. Hier will der Entwurf einheitliches Recht schaffen. Die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen wird grundsätzlich beibehalten. Die Mieter sollen vor unbilligen Mietsteigerungen geschützt werden, die nicht durch die wirtschaftlichen Verhältnisse bedingt sind, sondern den Hausbesitzern nur einen darüber hinausgehenden Gewinn bringen würden. Gleichzeitig soll verhindert werden, daß durch solche übermäßige Steigerungen der Mieten der Wert der Grundstücke sich in nicht gerechtfertigter Weise erhöht. Der Entwurf gibt die Möglichkeit, an Stelle der vertraglich vereinbarten eine gesetzliche Miete zu setzen, die sowohl auf Verlangen des Vermieters wie des Mieters von nächstzulässigen Kündigungsterminen ab an Stelle der vertraglichen Miete treten kann.

In Fällen schwerer Unbilligkeit tritt diese Wirkung mit Zustimmung des Einigungsamtes auch schon zu einem früheren Zeitpunkt ein. Für die Höhe der gesetzlichen Miete ist der Grundfuß maßgebend, daß eine Steigerung der bisherigen Mieten nur in Höhe der für das Haus aufzuwendenden Betriebs- und Instandhaltungskosten eintreten kann. Der Entwurf will nämlich vor allem die Ausbesserung der notwendigen Reparaturen an den Häusern ermöglichen.

Die gesetzliche Miete setzt sich zusammen aus der Friedensmiete, das ist die im Juli 1914 vereinbarte Miete mit Zuschlägen, die in Prozenten der Friedensmiete von der obersten Landesbehörde

diesem mit kleinen pfiffigen Augen zublinzelte, ein. „Welch andere Dinge als das wilde Getier sollte er auf dem Korn haben?“

„Das weiß ich nicht, und Ihr, Gevatter Wölfe, werdet's auch nicht wissen, wenn Ihr auch noch so schlau den da anblickt, als hättet Ihr's Euch längst an den Stiefeln abgelaufen; was ich weiß, ist nur, daß es ein gar wunderlich Geur- und Wesen um ihn ist und ein Hin- und Hergehen mit allerlei Botschaften und ein Heimlichstun, und daß das, nimmer viel Gutes zu bedeuten hat; wenn die Männer was treiben, was sie den Frauleuten verbergen, so hat's nimmer viel Gutes auf sich, und das, Gevatter Wölfe, just daselbe sagt Eure Frau auch, wenn Ihr sie fragen wollt, könnt Ihr's hören von ihr. Der Wölfe, sagt sie, der Schlaumichel, steckt auch mit unter der Decke!“

„Ich weiß, ich weiß,“ rief der Müller sie unterbrechend aus, „was meine Frau sagt, das höre ich schon von ihr selber, Muhme Margarete, übergenug — das könnt Ihr mir glauben! Aber wenn ich auch mit unter der Decke stecke, wie ihr Frauleute euch ausdrückt, dann meine ich, müßte ich schon wissen von dem, was vorgeht!“

„Davon wissen? Ich weiß nicht, was Ihr davon wißt, und das mag freilich nicht arg viel sein. Man wird just Euch nicht alles auf die Nase binden — dem Wölfe! Wenn Ihr aber was wißt, so sagt mir endlich: woher ist denn der Herr Wilderich gekommen und was will er im Walde hier? Eichtägchen schiefen? Danach sieht er aus! Und was,“ fuhr die alte Frau, ihre Hand auf die Schulter des vor ihr stehenden Knaben legend, fort — „was hat's auf sich mit dem Bamsen hier, dem armen lieben Burschen, der ausschaut, als wolle er jeden Christenmenschen fragen: Sag's mir endlich einmal, was ist's und weshalb bist du hier im Wald, und wo ist meine Mutter, und weshalb bist du nicht bei der, und wohin soll ich laufen, daß ich zu ihr komm?“

über den Gemeindefeldern fallen der eingetretenen Um die Ausbesserung nicht zu sägen, hat der Mieterparteilichen Stelle anzurufen falls der Vermieter die Mittel in öffentlichen Zuschläge zur Miete auf Bornehme großer Instanzen anzureufen.

Der Entwurf bringt von Mietervertretungen Befugnisse zugewiesen, des Mieters das Recht von Instandhaltungsarbeiten anzureufen.

Jeder Mieter oder Vorkauf an die Mietervereine halt nach Möglichkeit zu führen suchen.

Neubauten sollen grundsätzlich an die Mietervereine übertragen, um den Mieterschutz zu gewährleisten. Das Gesetz soll 1. Mai in Kraft treten. Es ist tag beraten werden wird.

Aus C

Vortrag u

Ein außerordentlich dankte der Ortsgruppe des es, einen unserer berühmten zu einem Vortrag

Matia zu gewinnen. waren die Signatur des ersten Wort an die Zubeh

nung steigerte sich während Schilderungen von den Kriege, zahlreiche zur Einzelzüge, die Geschicht prächtige Schilderungen

Höhepunkt eine glänzende das hielt das Publikum rende Kampf um die tief

seiner Bedeutung in De worden. Das gigantisch zeichnet, als durch die ins Feld warfen, um

und durch die gewaltigen Wäfte sie doch auf den 200 000 Mann ein. Die

die deutsche Beteiligungs Mann für besondere In Boote den Gnderfolg gel

verdankten sie neben de rechnet des an ihrer Sp nes, dessen Hauptquartie

den feindlichen Armeen e und stahlharter Wille tief megeleien und die auf

türkischen Ministerpräsi schänlichen Wille den U waren die Schilderungen

Offiziere und 10 000 M dem Waffenstillstand ihr

Sanders verließ nach zü ländern am 21. August r

reichen. Von Benedig zu. Nach einem kurzen

men unserer Feinde un Deutschlands endete der

Vortrag unter reichem Num folgt in morgiger Nummer

(S. 2.) Calmbach, hier gebürtige früher in Neuenbürg, währe

einem Rekrutenslager i Schwurgericht Tübinge

Ehefrau, zum Tode ve zu 15jähriger Zuchtthau wigsburg verbüßt. De

beweis war fast lücken seiner Schuld zweifelte

Auch während der Str legenheit seine Anschu

hörigen, doch Schritte a ungeschuldig sei. Jetzt i

Entlastungszeuge gefur Felde stand und erst f

den er nicht kannte, er

Tat geschäftlich in der

er in höchster Erregun

Sie erklärte ihm immo

sie vergifte sich. Dabei

taft, das sie aus der M

dem festgesetzt ist, daß

mit den Worten verak

angenommen werden, i

vergiftet hat und ihr

Wiederaufnahmeverfah

der Sache jedenfalls en

(Fortf. folgt.)

die Marokkaner
s gleich. Auf
nach Südfrank
ferner im Zer
richt. Einwand
Totzucht, darunter
Zuzuchtsverfug
gegen Frauen, 7
unbekannten Falle

it entsprechend
der Allen des
es ist nach mehr
legung der ersten
1873 bis 1901 un
amten Wertes von
sicher zu rechnen.
Dokumente zum
für Politik und
den 17/18 über
mit der Veröffent
ente über die Ent
russische Minister
1914 an den ruf
t, daß Rußland in
Zusammenwirts

engefetzes.
f wollen wir un
verbreiten:

ist vor kurzem von
mietengesetzes vor
für die Berechnung
Geschäfts, Büro,
Regelung hat sich
notwendig erweise.
Vorschriften eines
ausüben können.
Gemessen zu em
pfehlen für die Be
schlunds weist die
Verschiedenheit auf.
en. Die Zwangs
beibehalten. Die
schützt werden, die
ngt sind, sondern
den Gewinn brin
n, daß durch sich
der Grundstücke
auf gibt die Mög
eine gesetzliche
des Vermieters we
tinnen ab an Stelle

stung mit Zusim
früheren Zeitpunkt
er Grundfab maß
n nur in Höhe der
Instandsetzungsfo
allem die Ausfüh
insfern ermöglichten.
aus der Friedens
ste mit Zuschlägen.
ften Landesbehörde

Wäffe, werdel's
u den da anblick
abgelaufen; was
Gelu' und Wesen
kerket Vorkäufen
er viel Gutes zu
den, was sie den
l Gutes auf sich
Cure Frau auch
en von ihr. Der
ch mit unter der

interbrechend aus
t von ihr selber,
Nur mit glaubel
te, wie ihr Frau
e ich schon wissen

davon wist, und
ed juft Euch nicht
enn Ihr aber was
Herr Widerich ge
schlichen schiefen?
e Frau, ihre Hand
legend, fort —
den armen lieben
Christenmenschen
und weshalb bin
und weshalb bin
en, daß ich zu ihr
(Fortf. folgt.)

oder den Gemeindebehörden festgesetzt werden sollen. Die Zuschläge sollen der eingetretene allgemeinen Teuerung Rechnung tragen. Um die Ausführung notwendiger laufender Instandsetzungsarbeiten zu sichern, hat der Mieter das Recht, die Entscheidung einer unparteilichen Stelle anzurufen, die die Durchführung erzwingen kann, falls der Vermieter die Arbeiten nicht ausführen läßt.

Für große Instandsetzungsarbeiten wird die Sammlung von Mitteln in öffentlichen Klassen ermöglicht. Diese durch besondere Zuschläge zur Miete aufzubringenden Beträge dürfen lediglich zur Vornahme großer Instandsetzungsarbeiten Verwendung finden.

Der Entwurf bringt ferner Bestimmungen über die Tätigkeit von Mietervertretungen, den bereits bestehenden werden bestimmte Befugnisse zugewiesen, insbesondere, daß sie neben und an Stelle des Mieters das Recht haben, bei Streitigkeiten über die Vornahme von Instandsetzungsarbeiten die Entscheidung der erwähnten Stelle anzurufen.

Jeder Mieter oder Vermieter ist berechtigt, sich in Streitfällen zunächst an die Mietervertretung zu wenden; diese soll den Sachverhalt nach Möglichkeit klären und eine gütliche Vereinigung herbeiführen suchen.

Neubauteilen sollen grundsätzlich den Vorschriften des Gesetzes nicht unterliegen, um den Anreiz zur Neubautätigkeit nicht zu hemmen.

Das Gesetz soll 4 Monate nach dem Tage seiner Verkündung in Kraft treten. Es ist zu erwarten, daß es in Wäde vom Reichstag beraten werden wird.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 21. März 1921.

Vortrag von Liman von Sanders.

Ein außerordentlicher, glücklich und verdienstvoller Gedanke der Ortsgruppe des Offizierbunds des Bezirks Calw war es, einen unserer berühmten Heerführer, Marschall Liman von Sanders zu einem Vortrage über die Reise von Konstantinopel nach Malta zu gewinnen. Ein überfüllter Saal und tiefste Wirkung waren die Signatur des Abends. Der Redner wußte überall vom ersten Wort an die Zuhörerschaft zu fesseln, und die atemlose Spannung steigerte sich während seiner Ausführungen immer mehr. Die Schilderungen von den Zuständen in der Türkei in und nach dem Kriege, zahlreiche zur Charakterisierung der Verhältnisse dienende Einzelzüge, die Geschichte seiner Internierung auf Malta, farbenprächtige Schilderungen von Land und Leuten im Orient und als Höhepunkt eine glänzende Uebersicht über den Dardanellensfeldzug, das hielt das Publikum dauernd im Bann. Der 8 Monate währende Kampf um die türkischen Meerengen ist in seinem Umfang und seiner Bedeutung in Deutschland bis jetzt viel zu wenig gewürdigt worden. Das gigantische Ringen wird durch nichts besser gekennzeichnet, als durch die Truppenmassen, die England und Frankreich ins Feld warfen, um die türkische Verteidigung niederzuzwingen, und durch die gewaltigen Verluste, die die osmanische Armee erlitt. Wüßte sie doch auf den Schlachtfeldern der Gallipolihalbinsel über 200 000 Mann ein. Daß die Türken trotzdem Sieger blieben, — die deutsche Beteiligung an jenem Feldzug beschränkte sich auf 500 Mann für besondere Zwecke, und daß das Eingreifen deutscher U-Boote den Enderfolg gebracht habe, ist eine fromme Legende — das verdankt sie neben der eigenen Tapferkeit der überlegenen Führung des an ihrer Spitze stehenden deutschen Generals, des Mannes, dessen Hauptquartier 8 Monate lang nur 4 1/2 Kilometer von den feindlichen Linien entfernt lag und dessen unbezwingbare Energie und staßhafter Wille kein „unmöglich“ kannte. Auch die Armentiermeteleken und die auf sie zurückgeführte Ermordung des früheren türkischen Ministerpräsidenten Talaat Pascha wurden in einem anschaulichen Wille den Anwesenden zu Gemüte geführt. Ergreifend waren die Schilderungen über die Internierung der 600 deutschen Offiziere und 10 000 Mann, die Marschall v. Sanders wieder nach dem Waffenstillstand ihrer Heimat zuführen sollte. Marschall von Sanders verließ nach ziemlich langer Gefangenenschaft durch die Engländer am 21. August Malta, um durch die Adria Venedig zu erreichen. Von Venedig ging nach Verona und dann der Heimat zu. Nach einem kurzen Rückblick auf die gegenwärtigen Maßnahmen unserer Feinde und hoffnungsvoller Worte auf die Zukunft Deutschlands endete der auch lagesgeschichtlichem Interesse dienende Vortrag unter reichem Beifall der Zuhörer. (Ausführlicher Bericht folgt in morgiger Nummer. D. Schriftst.)

(S. B.) Calmbach, O. A. Neuenbürg, 19. März. Der von hier gebürtige frühere Kameralamtsdiener Hermann Rittmann in Neuenbürg, während des Krieges Feldwebellieutenant bei einem Rekrutenlager in Stuttgart, wurde im Jahre 1917 vom Schwurgericht Tübingen wegen Giftmordes, begangen an seiner Ehefrau, zum Tode verurteilt, aber zu lebenslänglicher, später zu 15jähriger Zuchthausstrafe begnadigt, die er zur Zeit in Ludwigsburg verbüßt. Der seinerzeit gegen ihn geführte Indizienbeweis war fast lückenlos und so erdrückend, daß niemand an seiner Schuld zweifelte. Der Angeklagte leugnete hartnäckig. Auch während der Strafverbüßung beteuerte er bei jeder Gelegenheit seine Unschuld und rängte fortwährend seine Angehörigen, doch Schritte zu seiner Befreiung zu tun, da er bestimmt unschuldig sei. Jetzt hat sich ein auswärtiger, einwandfreier Entlastungszeuge gefunden, der während der Untersuchung im Felde stand und erst später von der Verurteilung Rittmanns, den er nicht kannte, erfuhr. Der Zeuge war am Tage vor der Tat geschäftlich in der Rittmannschen Wohnung. Die Frau traf er in höchster Erregung an, da ihre Möbel gepöbelnd waren. Sie erklärte ihm immer wieder, das könne sie nicht überleben, sie vergifte sich. Dabei zeigte sie ihm ein Gläschen mit Cyanid, das sie aus der Nähmaschine genommen hatte. Da außerdem festgestellt ist, daß sich die Verlorbene von ihren Kindern mit den Worten verabschiedete, sie müsse jetzt sterben, so kann angenommen werden, daß die Ehefrau des Rittmann sich selbst vergiftet hat und ihr Ehemann unschuldig verurteilt ist. Das Wiederaufnahmeverfahren ist bereits eingeleitet und wird in der Sache jedenfalls endgültig Klarheit schaffen.

Bermischtes.

Stenotypistinnen, die nicht Maschine schreiben.

Bei den französischen Truppen der Besatzung von Wiesbaden stellte sich kürzlich die Notwendigkeit heraus, die Zahl der beim Stabe beschäftigten Maschinenschreiberinnen zu vermehren. Ein Stabsoffizier setzte infolgedessen eine Anzeige auf, die in französischen Blättern veröffentlicht wurde, und in der die Frauen und Töchter entlassener Offiziere und Mannschaften aufgefordert wurden, sich um die neu zu besetzenden Stellen zu bewerben. Mit peinlicher Gewissenhaftigkeit werden in der Bekanntmachung alle Formalitäten aufgezählt, die die Bewerberinnen zu erfüllen haben, um auf Verlässlichkeit rechnen zu dürfen. Des Pudels Kern ist aber in einer am Fuß der Bekanntmachung enthaltenen Nachschrift versteckt, die wörtlich besagt: „Es ist durchaus nicht erforderlich, daß die Bewerberinnen auch Maschine schreiben können.“ Das läßt tief blicken.

Eine bestialische „Pflege“ Mutter.

In der Gemeinde Lettel bei Prag hat die Hebamme Ernestine Kemez vorböse Eingriffe bei Mädchen vorgenommen. In einigen Fällen, in denen sie nicht mehr „helfen“ konnte, vereinbarte sie mit den jungen Müttern, daß sie die Kinder bei sich gegen gutes Entgelt behalten werde. Unter den drei Kindern, die sie bei sich hatte, befand sich ein siebenjähriges Mädchen, das jedoch eine barbarische Behandlung zu erdulden hatte. In einem Wutanfall riß die „Pflegemutter“ ihm mit Gewalt den Mund auf und schnitt mit einer Schere die Zunge in zwei Hälften, worauf sie mit einem Taschenmesser die Zunge ganz abschnitt. Das Kind mußte in das Spital gebracht werden. Die Frau wurde verhaftet.

Bier auf Rezept.

Der „Daily Mail“ wird aus Newyork berichtet, daß der Generalstaatsanwalt der Vereinigten Staaten entschieden hat, daß Bier als Arzneimittel und gegen Rezept der Ärzte bezogen werden darf. Die Entscheidung wird in weiten Kreisen besonders begrüßt, da dadurch der Betrieb der Brauereien wieder aufgenommen werden kann. (Was würde da wohl der Münchner sagen. Gibts denn döa! —)

Gegen die Schublüge.

Es gibt im politischen Leben Dinge, die nicht Parteisache werden dürfen. Viele Monate hindurch bildete bedauerlicherweise die Lüge von Deutschlands Schuld am Ausbruch des Weltkrieges für radikale Parteien eine vielfach benützte Waffe zur Aufpeitschung des Klassenhasses und zur Stützung des Partei-Dogmas. Dieses mindestens auf Irrtum beruhende Schuldbescheidnis deutscher Politiker ist mitverantwortlich zu machen für die Ungeheuerlichkeiten des Versailler Friedensdikates, dessen maßlose Forderungen nur als Strafmaßnahmen von den Völkern der uns feindlichen Staaten gebilligt werden konnten. Heute liegen so unermesslich viele Dokumente auch von feindlicher Seite vor, durch die die Unschuld Deutschlands und die Schuld der Entente bewiesen wird, daß kein deutscher Mann es länger wagen kann und darf, das alte Märchen von Deutschlands Schuld öffentlich vorzutragen, ohne als Söldling der französischen und englischen Politik gebrandmarkt zu werden.

Leider sind die vielen Beweise der deutschen Unschuld und der Schuld der Entente in den verschiedensten Büchern zerstreut und bedauerlicherweise den weiteren Kreisen unseres Volkes noch nicht bekannt. Um tatkräftig für die Revision des Friedensvertrages einzutreten zu können, muß erst dafür gesorgt werden, daß die wichtigsten Urkunden, die sich zu einer lückenlosen Beweisreihe zusammenschließen lassen, allgemein bekannt werden. Eine große Volksbewegung ist bereits im Entstehen begriffen.

Der reichste Mann der Welt.

Der reichste Kapitalist der Welt ist der amerikanische Milliardär Rockefeller. Er zahlte im vorigen Jahr 5 Millionen Dollar Einkommensteuer, was einem Jahreserwerb von 100 Millionen Dollar oder einem Kapital von 2 Milliarden Dollar, nach unserem Geld rund 120 Milliarden Mark, entspricht.

Seiteres in erster Zeit.

Bei der Beratung über einen Antrag zur Bekämpfung des Heilmittelschunfs gegen Tierkrankheiten machte, wie wir im „Koburger Volksblatt“ lesen, im Wirtschaftsausschuß ein Regierungsvertreter Mitteilungen über die Futur von Zulassungs- und Anlaufgesuchen solcher „Erfinder“ gelegentlich der Lauf- und Klauenheute. Einer dieser „Selber in der Not“ verlangte für sein „Mittel“ bloß eine Million Mark und Steuerfreiheit für sich und seine Kinder auf zehn Jahre! Sein ängstlich geheim gehaltenes „Mittel“ war: Den Morgenurin des Menschen ohne Berührung eines Gefäßes den Tieren zuzuführen!

112 englisch-deutsche Eheschließungen am Rhein.

Nach einer Mitteilung im englischen Unterhause sind bis 31. Dezember 1920 112 deutsche Frauen mit britischen Offizieren oder Soldaten der Besatzungsarmee am Rhein in die Ehe getret.

Ein Schreibtiß für 13 Millionen Kronen.

In Wien wurde aus dem Nachlaß des Grafen Janos Palffy der Schreibtiß, auf dem Napoleon I. seine Abbanklungsurkunde schrieb, versteigert. Der Ausrufspreis betrug 4 Millionen. Ein französischer Liebhaber ging bis 12 Millionen, worauf Baron Reizes den Tiß für 13 Millionen Kronen erstand.

Duellforderungen einer Frau gegen einen Priester.

In Cuneo, der Hauptstadt von Giallitis piemontesischem Wahlkreise, wohnt eine französische Frauenrechtlerin namens Goudon, die an Gelehrsamkeit und Temperament das selbige Fräulein von Scudery noch übertrifft. Fräulein Goudon führt gegenwärtig in liberalen Zeitungen eine sehr heftige Agitation

gegen die katholische Kirche wegen der untergeordneten Stellung, die diese der Frau einräumt, dabei hat sie sich insbesondere Thomas von Aquin aus Korn genommen, in dessen „Summa“ sie offenbar ebenjogut Bescheid weiß wie ein Professor der Theologie. Ueber dieses Thema hat sich zwischen ihr und dem Pfarrer von Cuneo, der in einem kirchlichen Blatt antwortet, eine Polemik angezogen. Als jetzt der Pfarrer, der of enbar den sachlichen Argumenten seiner Gegnerin doch nicht ganz gewachsen war, einen persönlichen Ton anschlug und sie zu verspotten begann, schickte ihm die resolute Dame kurzer Hand ihre Zeugen zu, die ihm eine Duellforderung auf Pistolen überbrachten, die aber natürlich abgelehnt wurde. Dafür muß der Pfarrer jetzt statt der knallenden mit schallenden Argumenten seiner Opposition rechnen.

Kleine Nachrichten.

Das zu Beginn des Krieges zusammengestellte Reserve-Feld-Artillerie-Regiment 54 veranlaßt am Sonntag, 8. Mai, eine größere Zusammenkunft in Ludwigsburg. — Heute abend 7 1/2 Uhr findet im Gustav-Siegler-Haus in Stuttgart eine große Kundgebung für die Tuberkulosebekämpfung in Württemberg statt. — Die Urenfabrik Gebr. Jungmans in Schramberg sieht sich veranlaßt, wegen Mangels an Arbeit infolge schlechter wirtschaftlicher Lage das Geschäft vom 21. bis 30. März ruhen zu lassen. — Die Grab-, Bau- und Einrichtungsarbeiten für 32 neue Häuser, die der Bau- und Sparverein Sindelfingen neben der 48 Wohnungen umfassenden neuen Siedlung erbaut, sind zur Vergebung ausgeschrieben.

(S. B.) Stuttgart, 20. März. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Der Staatspräsident hat das von dem Schwurgericht Ellwangen gegen den Raubmörder Josef Drowski ergangene Todesurteil bestätigt und für vollziehbar erklärt. Der ehemalige russische Kriegsgefangene Josef Drowski lauerte am 22. August vs. Js. in einem Walde zwischen Heldenfingen und Heidenheim den 72 Jahre alten Schuhmacher und Briefträger a. D. Johannes Junginger von Heldenfingen auf, überfiel ihn aus dem Hinterhalte und schlug ihn mit einem Prügel nieder, um ihn seiner Habseligkeiten zu berauben. Als Drowski seinem Opfer die Stiefel auszog, bemerkte er, daß Junginger noch lebte und schob ihm, um ihn vollends ganz zu töten, Moos und Erde soweit in den Schlund, daß der Erstickungstod eintrat. Die Tat führte Drowski an dem ihm ganz unbekanntem Junginger mit der größten Kaltblütigkeit aus, um sich der Habseligkeiten des Mannes zu bemächtigen. Angesichts der Scheußlichkeit, mit der dieser gräßliche Raubmord an einem harmlos seines Weges gehenden alten Mann verübt wurde und da misdernde Umstände dem Verbrecher nicht zugebilligt werden konnten, hat der Staatspräsident davon abgesehen, von dem ihm verfassungsmäßig zustehenden Begnadigungsrecht Gebrauch zu machen. Die Vollstreckung des Urteils wird daher in den nächsten Tagen erfolgen.

Der Bestätigung zweier Todesurteile im letzten Jahre durch den Reichspräsidenten folgten nun auch Württemberg, Baden und Bayern. Die letzte Todesurteilvollstreckung in Württemberg war im Jahre 1905; seitdem hat der abgegangene König von Württemberg nie mehr ein Todesurteil bestätigt; nur die neuerstandene Republik läßt Todesurteile wieder vollstrecken. Da aber nun einmal im deutschen Strafrecht die Todesstrafe noch aufrechterhalten ist, so dürfen parteipolitische oder persönliche Anschauungen nicht den Ausschlag dafür geben, ob sie zur Anwendung kommen soll oder nicht. Das Rechtsempfinden weiter Volkskreise würde jedenfalls schwer getroffen, wenn Württemberg grundsätzlich die Anwendung der Todesstrafe ablehnen wollte, während die anderen Nachbarstaaten sich nicht scheuen dasselbe vollstrecken zu lassen.

Die Sühnung des bestialischen Raubmordes durch den Tod des Mörders dürfte sicher dem allgemeinen Volksempfinden entsprechen. Würde Württemberg eine Ausnahme machen und solche Subjekte begnadigen, dann würde unser engeres Heimatland von gewissen Sorten von Menschen als ausschließliches Betätigungsfeld erwähnt, was durchaus nicht im Interesse der Volkssicherheit des Staates liegen dürfte.

(S. B.) Stuttgart, 19. März. Ueber die Firma Stuttgarter Automobilhaus, G. m. b. H., Rotenbergstr. 162, die Sabawerke in Unterreichenbach O. A. Calw und über Schneidemeister August Siegle in Geislingen a. St. ist der Eröffnungsbeschluß im Konkursverfahren ergangen.

(S. B.) Ludwigsburg, 18. März. Die Zufuhr zum Pferdemarkt betrug etwa 1200 Pferde. Preise von 30—35 000 M für ein Pferd waren nichts seltenes. Bei den Käufern machte sich eine gewisse Zurückhaltung bemerkbar. Bei der Prämierung wurden an 82 Pferdebesitzer Ehrenurkunden und Geschenke im Wert bis zu 300 M verteilt. Die Besucherzahl, die anlässlich des Pferdemarkts hierherkam, wird auf 10 000 Personen geschätzt.

(S. B.) Ulm, 20. März. Dem Pferdemarkt waren 432 Pferde zugeführt. Der Handel war schleppend. Die Preise betragen für junge, schwere Pferde 27 000 bis 30 000 M, für junge, mittelschwere Pferde 24 000 bis 26 000 M, für ältere Pferde 5000 bis 10 000 M.

(S. B.) Ellwangen, 18. März. Daß der Pferdemarkt am 16. März nicht so gut befahren war, wie der „Kalte Markt“, erscheint begreiflich. Immerhin waren über 450 Pferde und Fohlen zugeführt. Viele Händler mit zum Teil recht schönen Tieren hatten sich eingefunden. Der Handel, der anfangs flau ging, entwickelte sich in den Mittagstunden so lebhaft, daß ein schöner Umsatz erzielt wurde. Die Preise sind gegen den letzten Markt etwas zurückgegangen. Einjährige Fohlen kosteten 5000 bis 6000 Mark, zweijährige Fohlen 12 000 bis 16 000 Mark, Gebrauchspferde 8000 bis 15 000 Mark, gute Händlersperde 25 000 bis 30 000 Mark.

Druck und Verlag der A. Blöchlager'schen Buchdruckerei, Calw. Für die Schriftleitung verantw.: J. W. A. Port, Calw.

Calw,
Balmsonntag, 20. März 1921.



Todesnachricht.
Heute ist unsere liebe
Hanna Lamparter
im Alter von 55 1/2 Jahren heimgegangen.
Die Beerdigung findet am Dienstag,
den 22. März, nachmittags 2 Uhr, statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Für Blumen Spenden wird im Namen der
Heimgangenen herzl. gedankt. Ewige Zu-
wendungen wollen der Anstalt Stammheim
gemacht werden.

Calw, den 19. März 1921.



Dankfagung.
Für alle Liebe und Teilnahme, die wir
während der Krankheit und beim Heimgang
meiner lieben Frau, unserer guten Schwester
und Schwägerin
Auguste Bauer
geb. Günthner
erfahren durften, insbesondere für die trost-
reichen Worte des Herrn Stadtpfarrverweiers
und den Herren Ehrenträgern sagt herzlichsten
Dank
Carl Bauer.

Wilsberg, den 18. März 1921.



Dankfagung.
Allen denen, die uns beim Abscheiden
unseres teuren Vaters so viele wohlthuende
Beweise der Teilnahme entgegengebracht
haben, sei herzlichster Dank gesagt.
Marie Memminger
mit Angehörigen.

Bezirksarbeitsamt
(für die Oberamtsbezirke Calw u. Nagold)
Lederstraße 161 Fernruf 109.

Offene Stellen:

a) für männliche Personen:
2 landwirtsch. Dienstknächte,
die melken können;
1 Hausknecht, der auch Land-
wirtschaft versteht, 16-18
Jahre;
2 Pferdknächte, 20-25 J.;
1 Provisionsreisender
(Bezirksvertreter);
1 selbst. Möbelschreiner für
bessere Arbeiten;
1 Viehfütterer.

b) für weibliche Personen:
Mehrere Dienstmädchen für
gut bürgerliche Haus-
haltungen;
1 Zimmermädchen (Saison-
stelle);
1 Laufmädchen, 14-15 J.

Offene Lehrstellen für
(Eintritt aufs Frühjahr):
1 Bäckerlehrling,
1 Bild- und Stiefelhauerlehrling,
2 Kammmacherlehrlinge,
1 Mäckerlehrling,
1 Sattler- und Tapezierlehrling,
1 Schmiedlehrling,
1 Schuhmacherlehrling.

Calw, den 17. März 1921. **Verwalter: Prof.**

Jüngerer Bursche
findet Beschäftigung in der
Druckerei dieses Blattes.

Bad Liebenzell, 17. März 1921.

Dankfagung.



Anlässlich des langen, schweren Krankenlagers, und dem Hin-
schelden meines lieben, unvergesslichen, treubeforgten Vaters und
Daters, unsres lieben Bruders, Schwagers und Onkels
Wilh. Rühle, Sattlermeister
ist uns von allen Seiten so viele Liebe und Teilnahme gemorden,
daß es mich drängt, vorläufig auf diesem Wege herzlichsten, innigen
Dank zu sagen. Ganz besonders danke ich für die vielen Blumen-
spenden, dem Herrn Stadtpfarrer Gaiser für seine tröstlichen Worte
am Grabe, dem Kirchengemeinderat für Kranzspende und die ehren-
reichen Worte des Herrn Stadtpfarrer Sandberger, den Sängern des
Liederkranses für den erhebenden Gesang, und die lb. Abschieds-
worte mit Kranzniederlegung seitens des Vorstandes Herrn Haager,
der Feuerwehr und deren Ehrenträger, Kranzniederlegung durch den
Kommandanten Herrn Gwinner, dem Leichenchor für den schönen Ge-
sang unter Leitung des Herrn Hauptlehrer Böhmle, sowie all den
vielen Begleitern, von Nah und Fern, zur letzten Ruhestätte.
Die trauernde Gattin: **Anna Rühle m. Sohn Wilh.**

Altensteig.
Vorteilhaftes Salz-Angebot!
Von eintausenden Warenabdingen offeriere auf um-
gehende Bestellungen bei Ledungen ab-Werk:
Ia weiß Speise-Salz
in Stoffgewebe-Säcken, 100 Pfund Inhalt Mk. 20.—
franko Calw,
Ia rot Vieh-Salz
in Stoffgewebe-Säcken, 100 Pfund Inhalt Mk. 15.—
franko Calw.
Da ab 1. April eine 65%ige Frachterhöhung auf
Salz in Kraft tritt, so empfehle den verehrl. Schultheißen-
ämtern einen Wagon mit 100 200 300 Zentnern zusammen
laden zu lassen und erbitte um gehend Verjand-
Stationen anzugeben.
Chr. Burghard jun. Tel. Nr. 19.

Terrazzoplatten
besten, billigsten u. schönsten
Fussbodenbelag für Küchen
und Gänge, ständig zu haben bei
Hugo Rau, Calw.

Marktgenehmigungs-Gesuch.
Die Stadtgemeinde Altensteig
sucht für die weiteren zwei Jahre 1922 und 1923 um die
Erlaubnis zur Abhaltung von je
4 Pferde-Märkten
in Verbindung mit den Jahrmärkten nach und zwar: am
Dienstag vor dem Balmsonntag, am Donnerstag nach dem
Pflingstfest, am 2. Dienstag im September und am Diens-
tag vor dem 1. Adventsonntag.
Einwendungen gegen das Gesuch sind binnen 14 Tagen
hier anzubringen.
Nagold, den 21. März 1921. **Oberamt: Mü n z.**

Bergebung von Bauarbeiten.
Zum Neubau der
Genossenschaftsmühle
in Oberjesingen
werden die
**Handarbeiten für die Maurer-,
Betonier- und Steinhauer-,
nebst Zimmer-, Schmiede-
und Flaschnerarbeiten**
im Einzelpreisverfahren im Akkord vergeben.
Die Unterlagen liegen bei Herrn Wilhelm Stöffler,
Landwirt in Oberjesingen auf, wofür auch die Offerten
bis Samstag, den 26. ds. Mts., einzureichen sind. Zu-
schlagsfrist 8 Tage.
Stuttgart, den 17. März 1921.
S. A.: die Bauleitung:
Bauberatungsstelle des Verbands landw. Genossenschaften
i. W. Stuttgart.

Städtische
Lebensmittel-Fürsorge.
Morgen Dienstag, den 22. März,
nachmittags von 2-4 Uhr
Kartoffelabgabe
im fröh. Keller zur Linde. Preis Mk. 28.— der Ztr

Stadtgemeinde Calw.
Eseholz sammeln
ist nur den Inhabern eines vom Waldmeisteramt ausge-
stellten Erlaubniszeichens und nur am Mittwoch und Sam-
stag gestattet. Die Inhaber von Erlaubniszeichen werden
auf die dort zusammengestellten Bestimmungen hingewiesen,
insbesondere auch darauf, daß das Holz sammeln verboten
ist, in Schlägen, in welchen die Holzhauer arbeiten,
oder in welchen das gefällte Holz oder der Abraum noch
nicht abgeführt ist.
Den gegen die Bestimmungen Zuwiderhandelnden wird
der Erlaubnischein entzogen.
Calw, den 19. März 1921.
Stadtschultheißenamt: **G ö h n e r.**

Einen Wurf reine
**Milch-
schweine**
sowie
1 Läufer Schwein
verkauft
**Chr. Weinmann,
Spehgardt.**

Breitenberg.
**Reine
Milch-Schweine**
legt dem Verkauf aus.
Jakob Fenchel.

Althengstett.
Einen jährigen
Stier
hat zu verkaufen.
Jakob Gottschalk.

Bodenwachs
Stahlspäne
Fußbodenöl
bei **Ch. Schlatterer.**
Einen bereits noch neuen
Hafenstall,
sowie eine trüchtige
Häsin,
ein noch gut erhaltenes
Faß
155 Ltr haltend, eine
Vogelkäfige
darunter ein 4 teiliges, eine
Senfe
und einen größeren
Wäschzuber
legt dem Verkauf aus.
Wer jagt die Geschäfts-
stelle des Blattes.

Suche für ein Geschäft
(Eisen- u. Kohlenhandlung)
14-15 jähriger, ordentlichen
kräftig. Jungen
als Hausknecht bei freier
Station. Zu erfragen bei
der Geschäftsstelle ds. Blatt.

Eine bereits neue
Honigschleuder
für 4 Gangrahmen, oder 8
Halbrahmen (System Gerl-
ung) hat preiswert zu ver-
kaufen.
Jakob Knoll, Liebenzell.

Eine
Aufsatz-Kommode
(Alttertum), reichlich eingelegt
und einen
Wolfs-Spiger
hat zu verkaufen.
Koch, Zavelstein.

Zavelstein.
Gartenfamen
in nur bester, keimfähiger
Ware empfiehlt
Fr. Schwämmle.
8 schöne
**Zucht-
Häsinnen**
verkauft
der Obige.

Private

Drucksachen aller Art,
wie: Verlobungs- und
Vermählungsanzeigen,
Geburtsanzeigen, Tisch-
Karten, Speisefolgen,
Einladungen, Besuchs-
karten, Dankfagungen
liefern wir rasch
**A. Delschläger'sche
Buchdruckerei Calw**

Ein

A. Pt. Die Entsch-
tionale Zukunft ha-
sch in den letzten Tagen
welche ein erfreuliches
Grundpfeiler der
uns erhalten geblieben.
Niemand wird der 20.
vergessen werden. Poch-
Bolt diese bedeutungsvolle
Jahre in Ost- und West-
deutschen Siege wurde,
der polnischen Propagan-
bekanntet.
Mit welchem Terror
lehter Stunde der Abstim-
ans übermittelten neuen
Gang für unsere Getreue-
schen Gefahr; dafür gebi-
Waterlandes.
In geschichtlichen An-
höher und unser Pulsch-
den Schritt der Zeit, das
mals errungenen Sieges
Oberstleutnant wird nun
Korfanitz hat seine Ko-
grüßt alle ihr Getreue-
Sorgen — Glück auf zum

Vorläufig
Oppers, 21. März.
Wahlungen sind in Ober-
160 000 polnische Stimmen
deutsche Mehrheit von 61
niffe können an diesem
nichts mehr ändern.
Oppers, 2. März, 3
und 41 000 polnische Stim-
50 000 polnische Stimmen

Fol
Kattowitz, 22. März.
bejagungsregende polni-
wurden die Gebürder Du-
Anschlusses, erschossen.
wurde die Straßenbahn
geperet und vor den Augen
mishandelt. Einige tr-
Ortsstelle Orzegow des
vertrieben. 30 Personen
legt. Von Hohenlinde
die Straßenbahn anhielt
anstehen und mit Gesa-
stellungen beim Kreisort
keine Leute zur Verfüg-
schen Apo-Beamten die
Apo schlug auf Leute ei-
Bande von 60 Polen im
General Perond wurde
Kattowa bei Kattowitz
Schoppnitz wurden wof-
gegen Deutsche verübt
plündert. Ein abstim-
Straße mishandelt. E-
französischer Offizier nah
mishandelt. Schwache
klühteten. In Josephst-
die Deutschen zu ersch-
falls Zusammenrottungen
für die Deutschen befür-
kontrolleure sind wieder-
um Hilfe gebeten worde-

Ein gefi
Berlin, 22. März. In
baren polnischen Terror
Oberstleutnant ein. Wie
ist die Wapfenhaltung
auf polnischen Terror
schen Mitglieder der p-